
DER PREIS FÜRS
„DURCHSTARTEN“ VON 1926

Rezension von: Dieter Hertz-
Eichenrode, Wirtschaftskrise und
Arbeitsbeschaffung –
Konjunkturpolitik 1925/26 und die
Grundlagen der Krisenpolitik
Brünings. Campus-Verlag, Frankfurt/
New York 1982, 317 Seiten

Im historischen Rückblick verschwimmen oft die feinen Konturen, auf die es gerade ankommt. Wenn von der großen Krise der dreißiger Jahre gesprochen wird, verblaßt dagegen meist die beträchtliche Arbeitslosigkeit, die es in Deutschland und Österreich (aber etwa auch in England) bereits in der zweiten Hälfte der angeblich „goldenen“ zwanziger Jahre gegeben hat. Die Erfahrungen mit der Konjunkturpolitik dieser Periode waren es aber, die gemeinsam mit dem Inflationsstrauma die Reaktionen auf den großen Wirtschaftseinbruch nach 1929 prägten.

Dieter Hertz-Eichenrodes Buch widmet sich vordergründig einer kurzen Episode der Wirtschaftsgeschichte der Weimarer Republik: dem Konjunktureinbruch, der um die Jahreswende 1925/26 die Arbeitslosigkeit von 470.000 (XI/25) auf 2,6 Millionen (II/26) hochschnellen ließ und den Methoden der Krisenbekämpfung, die unter der Ägide der Reichskanzler Luther und Marx, Arbeitsminister Brauns' und Finanzminister Reinholds dagegen angewandt wurden. In einem weiteren Sinn wird das Buch allerdings auch seinem (wohl aus vertrieblichen Rücksichten gewählten) allzu vielversprechenden Übertitel teilweise gerecht und bietet Nachdenkstoff über Wirtschaftskrise und

Arbeitsbeschaffung im allgemeinen.

Die Stärken von Hertz-Eichenrodes Buch liegen vor allem dort, wo er mit der Detailverliebtheit des Historikers den Entstehungsbedingungen staatlicher Wirtschaftspolitik im Spannungsfeld von Parteien und Interessengruppen nachspürt. So manches, was sich im theoretischen makroökonomischen Kalkül relativ glatt „ausgeht“, spießt sich ja hier bis heute im Dickicht der Interventionen, etablierten Mächte und Profilierungswünsche.

Der Autor beginnt mit einem Überblick über den Verlauf der scharfen aber kurzen Krise, deren Beendigung nicht zuletzt durch Exporterfolge der deutschen Montanindustrie während des bitteren britischen Bergarbeiterstreiks erleichtert wurde. In einem Kapitel über den Streit um die Sozial- und Wirtschaftspolitik beleuchtet er zunächst die Positionen der wesentlichen Interessengruppierungen, die den heute vertretenen recht ähnlich waren: Die Unternehmer verlangten größere Rücksicht auf die „Notlage der Wirtschaft“ und verwandten gegen die Lohn- und Arbeitszeitforderungen der Gewerkschaft vor allem das Inflations-, das Exportargument und das Argument der „allgemeinen Überlastung der Wirtschaft“. Die Gewerkschaften kehrten gegen das Exportargument die Bedeutung des Binnenmarktes heraus und vertraten die Parole der Erhöhung der Massenkaufkraft. Die Landwirtschaft zeigte ausgeprägt protektionistische Bestrebungen, die sie durch Zollerhöhungen auf Agrarprodukte auch partiell zu realisieren vermochte. Während nun die wirtschaftliche Hauptaufmerksamkeit des von einer bürgerlichen Mehrheit getragenen Kabinetts Luther im Herbst 1925 einer eher deklamatorischen Politik der Preissenkung gewidmet war, mußte ab dem Winter 1926 die Tatsache der plötzlichen Massenarbeitslosigkeit Priorität gewinnen. Den – eher ungewöhnlichen – fiskalischen Hintergrund stellten die

nach der Währungsstabilisierung zunächst aufgetretenen ungeplanten Einnahmenüberschüsse der Reichshaushalte 1924 und 1925 dar. Die staatliche Krisenpolitik von 1926, der der zweite und interessanteste Teil von Hertz-Eichenrodes Werk gewidmet ist, stand also zunächst vor dem eher seltenen Ausgangspunkt einer „überquellenden Staatskasse“. (S. 53)

Auf dieser Basis erschien es machbar, Steuersenkungen, eine Verstärkung der Exportförderung und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zugleich vorzunehmen, ohne dabei mehr zu riskieren als sich, wie dies Finanzminister Reinhold ausdrückte, „hart am Rande des Defizits“ zu bewegen. Durch den unvermeidbaren „Sturz ins Defizit“, der Hertz-Eichenrode als „konjunkturpolitisch sinnvoll“ aber „etatpolitisch als ein Mißgriff“ erscheint (S. 112–113) wurden aber konservative Finanzpolitiker wie Brüning – ein massiver Gegner Reinholds – in ihrer Ablehnung der „Prestigepolitik“ der Arbeitsbeschaffung bestärkt. (vgl. S. 243 ff.)

In bezug auf das Steuerpaket macht der Autor deutlich, wie sehr der damalige Vorwurf der SPD „einzelnen Gruppen Sondervorteile zuzuweisen“ (etwa den Weinbauern durch eine Senkung der Weinsteuer) im Gesetzgebungsprozeß zulasten der generell verbraucherfreundlichen Umsatzsteuersenkung Berechtigung erhielt. Im Bereich der Exportförderung verweist er vor allem auf die Einführung der Exportkreditversicherung und auf spezielle Garantien des Reiches für Kredite an die Sowjetunion. Auch hier liegt der Wert der Darstellung besonders in der Offenlegung der verzögernden Einwirkung von Partikularinteressen wie der provisionshungrigen Banken und der um ihre Vorzugsstellung fürchtenden hamburgischen Großhandelshäuser.

Auch aus dem Vergleich zur aktuellen Situation haben die Bemühungen zur Belebung des Binnenmarktes und zur Arbeitsbeschaffung, um die sich

vor allem der langjährige Reichsarbeitsminister Brauns 1926 verdient machte, besonderes Interesse. Gezielte Investitionsstöße bei Reichsbahn und Post entsprachen nicht zuletzt der „nach Aufträgen lechzenden Industrie“, deren Repräsentanten in diesem Bereich selbst „ermunterten, von Reichs wegen einzuspringen“ (S. 134). Man kann hier wohl durchaus Parallelen zur heutigen Popularität des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsstrecken der Bahn auch in Industriekreisen ziehen. Das Vorhaben von Brauns, zur Stimulierung des Wohnungsbaus eine große Auslandsanleihe aufzunehmen, störte allerdings die ebenfalls um Auslandsfinanzierung bemühte Industrie (S. 142). Wirtschaftsminister Curtius widersetzte sich deshalb auch diesem Plan. Immerhin wurde die Wohnbauförderung verstärkt, was zu einer kräftigen Expansion der entsprechenden Bautätigkeit im Krisenjahr 1926 beitrug. Die massiv auftretende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zog 1926 auch eine Ausgestaltung der Erwerbslosenfürsorge nach sich: zunächst eine Ausdehnung der Versorgungsfristen und eine Ausweitung der öffentlichen Notstandsarbeiten. Jeder Erwerbslose, der bei solchen Notstandsarbeiten beschäftigt war, erforderte aber „vier- bis fünfmal soviel geldliche Aufwendungen aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge wie der unterstützte Erwerbslose“ (S. 159), eine Relation, die auch heute zu denken gibt (zumal man arbeitsintensive Tiefbauvorhaben mit Spitzhacke und Spaten, wie sie damals gang und gäbe waren, gegenwärtig als Atavismus ansehen müßte).

Auch blieb die Gesamtzahl der so Beschäftigten trotz eines Anstieges von 28.000 im Dezember 1925 auf 171.000 (oder 9,6 Prozent der unterstützten Erwerbslosen) Mitte Mai 1926 eher bescheiden. Dennoch wurden hier zweifellos produktive und psychologisch wichtige Infrastrukturprojekte in Angriff genommen. Reichskanzler Luther opponierte zwar dem Trend zur Ausweitung der Notstands-

arbeiten mit dem Argument, daß es falsch wäre, auf diese Weise „das Vortäuschen einer wirtschaftlichen Scheinblüte“ zu betreiben, aber selbst die Vereinigung der Arbeitgeberverbände bestätigte, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge „aus einer Reihe von Gründen, insbesondere aus sozialen Gründen, dem Grundgedanken nach auch von der Wirtschaft gebilligt werden“ müsse. (S. 161). Ein derartiger Konsens ist heute angesichts der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit in vielen Industriestaaten eigentlich nicht so explizit sichtbar.

Nach monatelangen Bemühungen wurde dann im Sommer 1926 von Regierung und Reichstag ein eigenes Arbeitsbeschaffungsprogramm verkündet, zu dem nicht zuletzt der ADGB durch Konsultationen mit der Industrie beigetragen hatte und das auch von der damals nicht mitregierenden SPD begrüßt wurde (vgl. S. 166 ff.). Es sah zwar einerseits eine Steigerung der Notstandsarbeiten zur Beschäftigung von laufend mindestens 500.000 Erwerbslosen vor, sollte aber andererseits der Privatwirtschaft durch massive Aufträge der öffentlichen Hand zusätzliche Impulse verleihen. Die Finanzierung sollte über Anleihen erfolgen, zumal ja die Verschuldungsmöglichkeit der Regierung bei der Reichsbank eng limitiert war. Die im Herbst einsetzende Belebung der Konjunktur machte aber einen so massiven Einsatz arbeitsbeschaffender Maßnahmen nicht im vollen Umfang nötig.

Gerade weil dieses Programm nicht mit voller Härte durchgetestet werden mußte, bleibt es vielleicht als wirtschaftspolitischer Lichtblick der Weimarer Republik so verführerisch. Der breite Konsens, der in der Frage der Arbeitsbeschaffung die sonst so zersplitterten Parteien und Verbände der Weimarer Republik kurzfristig einte, eröffnet sozusagen eine illusionäre Perspektive der Stabilität, die dieser unglückliche Staat unter günstigeren

Umständen gewinnen hätte können. Daß es nicht so kam, lag nicht zuletzt an der alles vergiftenden Frage der Reparationen, der später Reichskanzler Brüning leider absolute Priorität gegenüber der Verteidigung der Arbeitsplätze einräumte. Diesem Problem ist auch – nach einer Erörterung der heute weniger interessierenden Ostsiedlungsproblematik – der Ausklang des Buches von Hertz-Eichenrode gewidmet.

Das Experiment eines vorkeynesianischen „Durchstartens“ durch den Konjunkturerinbruch 1925/26 war kurzfristig erfolgreich und ein wirtschaftspolitisches Erfolgserlebnis der Weimarer Republik. Es hinterließ aber trotz seiner nur teilweisen Durchführung bedenklich leere Kassen, die es nach orthodoxen Finanzierungsgrundsätzen diskreditierten. Erst der Nationalsozialismus unternahm mit dem verschleierte Griff zur Notenpresse jene massiven Ankurbelungsmaßnahmen, die breite Kreise der deutschen Öffentlichkeit zumal nach der positiven Erfahrung von 1926 erhofften. Aber auch andere Hoffnungen der Weimarer Republik fanden später verhängnisvolle Erfüllung. Schon Mitte der zwanziger Jahre war ja aus dem autoritär geprägten deutschen Bürgertum der Ruf nach einem Wirtschaftsdiktator laut geworden: „Die deutsche Wirtschaft wartet auf einen Führer“. (S. 20) Gemeint war damals der sehr markig auftretende Hans Luther, dem ein Fabrikant gestand: „Die Sehnsucht nach einem Manne, der befiehlt und nicht minder der Wunsch, endlich wieder zu gehorchen, ist riesengroß . . . Die Zeit ist reif für den Bismarck unserer Tage, und Sie können und werden es sein“ (S. 83). Luther blieb aber mit seinem autoritären Gehabe im noch funktionierenden Parteiensystem der Republik ein Fremdkörper und konnte im Mai 1926 bei sonst intaktem Kabinett durch Wilhelm Marx ersetzt werden. Der „Arbeitsbeschaffungsdiktator“ der dreißiger Jahre sollte nicht mehr

so leicht zu eliminieren sein...

Zum Abschluß seien auch einige kleine kritische Bemerkungen zu dem faktenreichen, differenziert argumentierenden Werk von Hertz-Eichenrode erlaubt. Auffällig ist, wie eingangs erwähnt, die historische Detailverliebtheit. Damit geht aber zuweilen der Sinn für Strukturen und Gesamtzusammenhänge unter. Bezeichnend ist hier, daß der Autor stets mit absoluten Zahlen, namentlich Reichsmarkbeträgen, operiert und selbst auf einfache Beziehungsgrößen wie Prozentsätze und Wachstumsraten verzichtet. Stili-

stisch entspricht dem eine Tendenz zur „Ausgewogenheit“, die sich manchmal bis zur Aussagelosigkeit steigert: etwa wo der Autor vor dem ersten Weltkrieg „keinen lang andauernden Wohnungsmangel“ konstatiert, in den Folgesätzen aber auf die „Mietkasernen und die Institution der Schlafgänger“ verweist (S. 136). So wird leider eine gewisse grundsätzliche Verschwommenheit vieler Aussagen produziert, die zwar konkrete Falsifizierungen erschwert, aber der Lektüre viel von ihrem Reiz nimmt.

Robert Schediwy